

ANSPRACHE ZUM 1. MAI 2024

Pierre-Yves Maillard, Präsident SGB

Den wahren Lebensrealitäten gerecht werden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossen und Genossinnen

Zuerst möchte ich Euch danken. Gemeinsam haben wir vor zwei Monaten ein schönes Kapitel zur Geschichte unseres Landes hinzugefügt. Wir haben an den Generalstreik von 1918 angeknüpft, der die Schaffung einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung in den Mittelpunkt seiner Forderungen gestellt hatte. Wir stehen in der Kontinuität der Tschudi-Jahre, in denen dieser grosse Bundesrat mit der Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung und der SP, in einem Kompromiss mit den anderen politischen Kräften, die Leistungen der AHV ausbaute. Mit der Schaffung dieser 13. AHV-Rente, unterstützt von 58 Prozent der Stimmenden und 15 Ständen, haben wir den wirtschaftlichen, medialen und politischen Eliten unseres Landes gezeigt, dass dieser fortschrittliche Geist in unserem Land lebendig und mehrheitsfähig ist. Und dass sozialer Rückschritt im Namen eines falschen Verständnisses von wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr angebracht ist.

Die 13. AHV-Rente ist ein Schritt zur Verbesserung der Lebensbedingungen derjenigen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben. Sie ist keine Revolution. Aber ihre politische Wirkung ist gross. Aus diesen Gründen wurde weit über unsere Grenzen hinaus über unseren Sieg gesprochen. Mein Dank geht also an Euch alle, die ihr heute hier seid. An Euch, die ihr Unterschriften für unsere Referenden und Initiativen sammelt. An Euch, die ihr jeden Monat euren Gewerkschaftsbeitrag zahlt oder in einer Partei aktiv seid, die die arbeitenden Menschen unterstützt. An Euch, die ihr euch während unserer Kampagnen engagiert, um Eure Angehörigen oder ArbeitskollegInnen zu überzeugen, oder die ihr Flugblätter auf der Strasse verteilt. Ihr habt diesen Sieg möglich gemacht! Ihr seid die aufstrebende politische Kraft, die dieses Land zum Besseren verändern kann!

Seit dem 3. März waren sehr viele erstaunte Kommentare zu lesen. Als hätte sich die Schweizer Bevölkerung grundlegend verändert. Liberale Kommentatoren und Kolumnistinnen – und das sind eine ganze Menge Leute – fragen sich, ob man ihnen das Volk ausgetauscht hat. Dieser Schweizer Souverän schien doch so lange so sehr mit ihnen übereinzustimmen, und plötzlich lässt er sie im Stich und gönnt sich eine dreizehnte AHV-Rente. Einige Reaktionen, die von Wut bis hin zu Verleugnung reichten, verrieten Anzeichen eines emotionalen Schocks oder sogar einer Depression.

Doch wer die Verteilungsberichte liest, die der SGB in den letzten Jahren veröffentlicht hat, versteht etwas: Nicht die Bevölkerung hat sich verändert, sondern ihre Lebensrealitäten. Während des vergangenen Jahrzehnts kam ein Grossteil der Bevölkerung unseres Landes in eine Situation, in der die Haushalte nichts mehr zurücklegen und mit ihrem Einkommen nur das Nötigste und die Fixkosten decken können, obwohl sie gleich intensiv oder sogar noch intensiver arbeiten als zuvor.

Der seit der abrupten Rückkehr der Inflation erlebte Rückgang der Reallöhne ist seit dem Zweiten Weltkrieg beispiellos, ebenso der Anstieg der mit der Haushaltsgrösse zusammenhängenden Belastungen wie Krankenkassenprämien und Mieten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Warum wurden Politik, Wirtschaft und Medien vom Abstimmungsergebnis am 3. März überrascht? Nun, es ist so, dass diejenigen, die unser Land regieren, diejenigen, die zu den bessergestellten Einkommensgruppen gehören, das Jahrzehnt ganz anders erlebt haben, nämlich mit einem massiven Anstieg ihres verfügbaren Einkommens. Und da die meisten Studien zur Einkommenssituation sich auf Durchschnittswerte stützen, konnte man sich sogar der Illusion hingeben, dass es den Leuten im Land im Durchschnitt auch jedes Jahr ein bisschen besser geht. Aber von einem Durchschnitt kann niemand den Kühlschrank füllen.

Wenn man Herrn Ermottis massloses Gehalt durch die Anzahl der Personen teilt, die morgens mit ihm das Tram nehmen (wenn er denn das Tram nimmt), kann man tatsächlich sagen, dass sich der Durchschnittslohn der Trampassagiere nach oben entwickelt, auch wenn alle anderen Löhne stagnieren.

In ähnlicher Weise kann die Realität der Beteiligung am Arbeitsmarkt durch grobe statistische Verzerrungen verfälscht werden. Wenn beispielsweise von zehn Personen acht Vollzeit beschäftigt sind und zwei überhaupt nicht arbeiten, arbeiten sie insgesamt 800 Prozent. Und wenn einige Jahre später von diesen zehn Personen neun zu 90 Prozent arbeiten und nur eine überhaupt nicht arbeitet, dann hat das Arbeitsvolumen dieser zehn Personen auf 810 Prozent zugenommen. Einige einfache oder fehlgeleitete Gemüter werden jedoch sagen, dass die Teilzeitarbeit zugenommen hat und diese zehn Personen also faul geworden sind. Genau das ist in den letzten Jahrzehnten in unserem Land passiert. (Eltern-)Paare sind öfter beide erwerbstätig, also steigt zwangsläufig die Teilzeitquote ein wenig – aber auch das Arbeitsvolumen steigt. Doch trotz dieses Anstiegs des Arbeitsvolumens sehen sich die betroffenen Haushalte mit mehr wirtschaftlicher Unsicherheit konfrontiert, weil ihr real verfügbares Einkommen sinkt.

Was weiter dazu beiträgt, das Verständnis der sozioökonomischen Realität in unserem Land zu verzerren, ist die Krankenversicherungsprämie, eine eigenartige Kopfsteuer. Sie wird in die Berechnung der Teuerung nicht einbezogen, was den Eindruck erweckt, dass die Teuerung in der Schweiz tiefer ist und es den Haushalten also besser geht als in den benachbarten Ländern. Sie wird darum nicht in die Teuerung einbezogen, weil es sich bei der Krankenkassenprämie um eine obligatorische Abgabe handelt. Aber sie wird auch nicht zur Fiskalquote gezählt, weil diese obligatorische Abgabe von privaten Unternehmen erhoben wird ... Die Ursache der grössten Kaufkraftprobleme taucht also in keiner Statistik auf, und ihr stetiger Anstieg ist für die wirtschaftlichen und politischen Mächte kein Problem.

Die Schweizer Bevölkerung lebt also in einer anderen Realität als der virtuellen Realität, die durch diese statistischen «Tricks» erzeugt wird. Unser Verteilungsbericht versucht, der Realität des Landes gerecht zu werden. Er zeigt die Entwicklung der Kaufkraft nach detaillierten Bevölkerungskategorien. Er gibt sich nicht mit irreführenden Durchschnittswerten zufrieden. Und er berücksichtigt die reale Belastung durch die Krankenkassenprämien, die am 9. Juni dringend gedeckelt werden müssen.

Im Herbst werden wir dann einen weiteren Angriff auf unsere Renten bekämpfen müssen, mit der Pensionskassenreform, der BVG-Reform, die 2 Milliarden Franken mehr Beiträge kosten würde. Diese zusätzlichen Beiträge müssten vor allem von den Geringverdienenden aufgebracht werden, während gleichzeitig die Renten im obligatorischen Teil um 13 Prozent sinken sollen. Diese Reform ist ungerecht und mittlerweile völlig überholt. Die neue Realität der Zinssätze hat die Lage verändert. Heute ist es nicht mehr möglich zu behaupten, Erwerbstätige würden im BVG für die RentnerInnen zahlen. Die jüngsten technischen Veröffentlichungen zeigen, dass sich dieser theoretische Effekt nun tatsächlich umgekehrt hat. Kurzum, wir vertrauen keinen mangelhaften Studien mehr und werden keine weiteren Einschnitte bei unseren Renten akzeptieren. Der 3. März hat den Kurs vorgegeben. Wenn schon mehr Beiträge gezahlt werden müssen, dann für die erste Säule, um die AHV zu stärken. Dort ist unser Geld gut angelegt.

Weitere politische Kämpfe warten auf uns: die Verteidigung unseres Lohnschutzes und des Service public bei der Stromversorgung und im öffentlichen Verkehr im Rahmen der Verhandlungen mit der EU. Oder die Ablehnung einer weiteren Liberalisierung der Finanzierung unseres Gesundheitssystems mit dem EFAS-Projekt.

Aber ich möchte zum Schluss noch auf die gewerkschaftliche Basisarbeit eingehen, die mit beispielhaften und notwendigen Kämpfen fortgesetzt wird. Gerade jetzt kämpfen Frauen und Männer mit ihrer Gewerkschaft um ihren Arbeitsplatz oder für bessere Arbeitsbedingungen: bei Stahl Gerlafingen, bei Vetropack in Saint-Prex, in den Waadtländer Apotheken, bei Micarna, aber auch in den Hunderten von Lohnverhandlungen, die überall in der Schweiz stattfinden werden, um die in den letzten Jahren erlebten Reallohnsenkungen wieder auszugleichen. Diese Aktionen haben Auswirkungen. Sie können zu eindeutigen Siegen führen, wie der Streik am Flughafen Genf, wo ein grosser Rückschritt bei den Löhnen verhindert werden konnte. Sie können auch zu Teilerfolgen führen. Aber jedes Mal wenn es gelingt, gemeinsam zu kämpfen, verbessert sich die Situation der arbeitenden Männer und Frauen.

Diese gewerkschaftliche Basisarbeit ist das Wesen der ArbeiterInnenbewegung und die Voraussetzung für unsere politische Stärke. Jeden Tag müssen wir ihr Zeit und Aufmerksamkeit widmen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund ist die Summe dieses Engagements und dieser Kämpfe. Wir feiern sie an diesem ersten Mai. Trotz der schrecklichen Kriege, die die Zivilbevölkerung in der Ukraine, in Gaza oder anderen Teilen der Welt treffen, trotz des barbarischen und fanatisierten Terrorismus, der in Israel zugeschlagen hat, trotz der Gefahren, die von den zu langsamen Massnahmen der Regierungen gegen die Umweltkrise ausgehen – trotz all dieser Dinge feiern wir an diesem ersten Mai die Arbeit. Denn der Kampf für soziale Gerechtigkeit, den die ArbeiterInnenbewegung seit eineinhalb Jahrhunderten führt, ist die Voraussetzung für eine friedlichere Welt.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit und es lebe der 1. Mai!